

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die Lebenssituationen in benachteiligten Stadtteilen mit einem integrierten Ansatz nachhaltig zu verbessern. Im Zentrum dieses Investitionsprogramms der Städtebauförderung stehen die Bündelung materieller und nicht-materieller Ressourcen (Finanzen und Know How), die Einbeziehung von Akteuren auch außerhalb von Politik und Verwaltung – allen voran der lokalen Bevölkerungen – sowie ein vernetzungsorientiertes Management, das diesen Zielen nachkommen kann. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Raumorientierung bzw. der Gebietsbezug des Programms. Er bildet die Grundlage nicht nur für die Identifizierung von Problemen und Potenzialen in der „Vor Ort“-Realität der einzelnen Quartiere, sondern auch für Kommunikation und Kooperation zwischen allen beteiligten professionellen und nicht-professionellen Akteuren. Er ist damit zugleich Fokus und Ausgangsbasis integrierter Ansätze zur Stadtteilentwicklung. Erst der Gebietsbezug bietet die Möglichkeit, adressatenbezogene und sektoral begrenzte Politikansätze zu überwinden.

Thematisch ist die Soziale Stadt breit aufgestellt; sie umfasst die Handlungsfelder (städte-)bauliche Entwicklung bzw. Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung, Umwelt und Verkehr, Schule und Bildung, Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung, Wertschöpfung im Gebiet, Zusammenleben (unterschiedlicher sozialer und ethnischer Bevölkerungsgruppen), Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Gesundheitsförderung, Stadtteilkultur, Sport und Freizeit, Imageverbesserung sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Das Programm wird durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt begleitet, die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelt ist und dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten dient. Im Zentrum steht die Internetplattform www.sozialestadt.de, auf der sich Informationen zum Programm und seinen Handlungsfeldern, zu den Programmgebieten sowie zu Beispielen aus der Praxis finden. Darüber hinaus tragen die regelmäßig erscheinenden „Soziale Stadt Infos“ sowie die Veranstaltungsreihen „Fachpolitische Dialoge“ und „Regionalkonferenzen zur Sozialen Stadt“ zur Wissensvermittlung und zum Erfahrungsaustausch bei.

Nach nunmehr zehnjähriger Programmlaufzeit ist die Soziale Stadt nicht nur in der Fachwelt, sondern auch bei den Akteuren vor Ort – allen voran Bewohnerinnen und

Bewohnern der geförderten benachteiligten Stadtteile – bekannt. Umfragen, Evaluationsberichte und nicht zuletzt die vielfältigen Arbeitserfahrungen vor Ort bestätigen, dass sich in den Programmgebieten vieles zum Besseren gewandelt hat – dies gilt vor allem für die Situationswahrnehmung in den Quartieren. Gleichwohl gibt es auch Bereiche, in denen sich Erfolge nur zögerlich einstellen. Dazu gehören die Einbindung von Zuwanderergruppen in den Entwicklungsprozess sowie der Bereich Lokale Ökonomie mit seiner zentralen Bedeutung für Beschäftigung, Einkommen und damit die ökonomische Lage von Unternehmen und Bevölkerung in den Quartieren. Auch Fragen der (Aus-) Bildung benachteiligter Bevölkerungsgruppen haben sich in den letzten Jahren als zunehmend wichtig herauskristallisiert. Darüber hinaus werden Gesundheitsförderung und Soziale Stadt noch immer zu selten in Verbindung gebracht.

Maßnahmen und Projekte in genau diesen sozial-integrativen Handlungsfeldern können seit dem Jahr 2006 ebenfalls durch das Programm Soziale Stadt gefördert werden, und zwar im Rahmen von Modellvorhaben. Sie haben neben Verbesserungen in den genannten inhaltlichen Handlungsfeldern auch das Ziel, das Engagement und die Zusammenarbeit lokaler Akteure und Partner sowie von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern zu stärken. Im Mittelpunkt sollen neue Ansätze stehen, bei denen tragfähige Partnerschaften mit Institutionen und Akteuren gebildet werden, die weitere Mittel oder personelle Ressourcen einbringen. Eine von der Bundestransferstelle Soziale Stadt erarbeitete Broschüre mit „Guten Beispielen“ solcher sozial-integrativer Projekte kann unter www.sozialestadt.de heruntergeladen werden.

Nach zehnjähriger Programmlaufzeit stellt sich für viele Programmgebiete unter dem Stichwort „Verstetigung“ die Frage, wie die erreichten Erfolge ohne oder zumindest mit reduzierter Förderung erhalten werden können. Unter anderem geht es darum, ggf. neue Trägerschaften für Projekte zu finden, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen, soziale Netzwerke aufrechtzuerhalten, aber auch die in den Verwaltungen aufgebauten integrativen Strukturen weiter bestehen zu lassen.

Christa Böhme und Thomas Franke sind Ansprechpartner in der Bundestransferstelle Soziale Stadt im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Kontakt: boehme@difu.de

franke@difu.de